

## **Einhellig für bessere Beziehungen zu Russland**

### **Vera Rogova sprach bei den SPD-Senioren über 20 Jahre Putin-Herrschaft**

Anlässlich des Mauerfalls vor 30 Jahren war es eine gute Idee der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus Heilbronn Stadt & Land, sich mit der Entwicklung Russlands in diesem Zeitraum zu befassen. Dazu konnte die Russland-Expertin Vera Rogova, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Leibniz-Institut Hessische Friedens- und Konfliktforschung, als Referentin gewonnen werden. Dass es zur Wiedervereinigung Deutschlands kam, daran hatte ja Russland wesentlichen Anteil, insbesondere Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der KPdSU, mit Glasnost (Offenheit für öffentlichen Dialog) und Perestroika (Umbau der Gesellschaft). Diese politische Öffnung und Entspannungspolitik führte zu weltpolitischen Umwälzungen, die nicht nur die Einigung Deutschland einleitete, auch zum Ende des Kalten Kriegs und zur friedlichen Auflösung des Ostblocks führte, wofür Gorbatschow 1990 den Friedensnobelpreis bekam. Nach Loslösung der baltischen Staaten aus der Sowjetunion, der Auflösung von Comecon und Warschauer Pakt trat Gorbatschow erst als Generalsekretär und dann als Staatspräsident zurück.

In der Jelzin-Ära verstärkte sich die Annäherung an den Westen, es kam sogar 1994 zu einem partnerschaftlichen Kooperationsabkommen und zur Gründung eines Nato-Russland-Rates, wie Rogova hervorhob. Doch die Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems quasi über Nacht überforderte Russland und brachte Chaos und kapitalistische Auswüchse, zerstörte die wirtschaftliche und politische Ordnung. Gleichzeitig unterstützte der Westen virulent den Transformationsprozess in den postsowjetischen Ländern, die nach EU- und Nato-Beitritt drängten. So schlug nach dem Rücktritt Jelzins 1999 die Stunde von Vladimir Putin, der den Russen als der starke Mann erschien, um den schmachvollen Niedergang und Einflussverlust der einstigen Weltmacht Einhalt zu bieten. Mit der Einbindung von „Zwischeneuropa“ in das westliche System und der Erweiterung der Nato bis an russische Grenzen war die „rote Linie“ überschritten, fühlte sich Russland in seinen Sicherheitsinteressen bedroht, meinte Rogova. Als kurzsichtig wertete sie, ohne Konsultation mit Moskau mit der Ukraine ein Assoziierungsabkommen abschließen zu wollen, was ja dann im Februar 2014 zu den Euro- Maidan- Protesten und zum Regierungssturz führte.

Putin sah hier, so Rogova, vor seiner Haustür westliche Mächte am Werk und nahm die Gelegenheit wahr, sezessionistische Bewegungen in der Ostukraine militärisch zu unterstützen. Erst recht mit der Besetzung der autonomen ukrainischen Republik Krim und der Eingliederung nach umstrittenem Referendum manövrierte sich Russland endgültig ins weltpolitische Abseits. Russland habe sich des völkerrechtswidrigen Verhaltens der Grenzverletzung schuldig gemacht, auch wenn die Krim, von Chruschtschow in den 50er Jahren aus russischem Staatsgebiet der Sowjetrepublik Ukraine übereignet, überwiegend von Russen bewohnt und auch in den altsowjetischen Industriegebieten der Oblasten Luhansk und Donezk überwiegend russisch gesprochen wird. Rogova legte dar, dass in den 20 Jahren Putin- Herrschaft Russland nicht aus der wirtschaftlichen Stagnation herausgekommen ist und Putin es darauf anlegt, innenpolitische Spannungen, denen er zunehmend autoritär mit Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten begegnet, durch außenpolitisches Machtgebaren, was ankommt, zu kompensieren. So werde vom Westen Russland als Nachfolgestaat der UdSSR als Feindbild und latenter Aggressor betrachtet, insbesondere weil es im Besitz der sowjetischen Atomwaffenarsenale ist, wenngleich es gerade ein Zwölftel der Rüstungsausgaben der Nato und lediglich eine Wirtschaftskraft wie Italien auf die Waage bringt.

In der Diskussion ging es darum, wie man aus der Konfrontation wieder herauskomme. Zwar glaubt man, dass Russland von der Untätigkeit der Nato, jüngst von Macron als „hirntot“ bezeichnet, profitiert und sich im Nahen Osten als Akteur ins Spiel bringt, fürchtet aber kein Eingreifen im Baltikum zum Schutz der dortigen russischen Minderheiten. Einhellig sprach man sich für bessere Beziehungen zu Russland aus, auch möglichst für eine Aufhebung der für beide Seiten abträglichen Sanktionen, selbst wenn man die Annexion der Halbinsel Krim realpolitisch akzeptieren müsse: „Wir brauchen Russland als Partner, und Russland braucht uns“, so das Fazit. (H. S.)